

Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 werden vielfältig vorbereitet

Ergänzung des Wahlgesetzes erfüllt uns mit Freude und Stolz – ausländische Studierende äußern ihre Meinung

Wladimir Daskalow, Student an der Sektion VT



Wladimir Daskalow studiert seit 1987 an der Sektion VT, Fachrichtung Klima- und Trocknungstechnik. Er ist 23 Jahre alt und von Beruf Elektriker. Im Studium erbrachte er bisher sehr gute Leistungen. Innerhalb des ISK ist er verantwortlich für wissenschaftliche Tätigkeit und Studium. Zu seinen ausländischen Kommilitonen hat er guten Kontakt.

Er wurde vom FDGB als Kandidat für die Stadtbezirksversammlung Karl-Marx-Stadt Süd nominiert.

Nach seiner Meinung zur Ergänzung des Wahlgesetzes in der DDR befragt, antwortete er folgendermaßen:

„Aus der Zeitung „Junge Welt“ erfuhr ich von dieser Ergänzung. Der Kommilitone, der gemeinsam mit mir das Internatszimmer bewohnt, beantwortete die Fragen, die ich dazu hatte. Ich freue mich über die Möglichkeit, mich als Ausländer an den Kommunalwahlen beteiligen zu können. Ich sehe das als Beweis für die Demokratie in der DDR und zugleich als Zeichen der

Gleichberechtigung von in diesem Land lebenden ausländischen Bürgern an.

Im ISK fand zu diesem Thema bald nach Veröffentlichung in den Medien eine Beratung statt, auf der die ausländischen Studierenden ihre Freude über den Beschluß zum Ausdruck brachten.

Das ISK schlug mich als Kandidaten für die Kommunalwahlen vor. Dies betrachte ich als große Ehre, als ein Zeichen großen Vertrauens und zugleich als Verpflichtung. Aus diesem Grund habe ich mich bereits im VEB Spinnereimaschinenbau und der BOS „Dr. Theodor Neubauer“ vorgestellt und werde das auch in meiner Sektion noch tun. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal versichern, daß ich alles in meinen Kräften Stehende tun werde, um den Verpflichtungen eines Abgeordneten nachzukommen und damit vor allem meine ausländischen Kommilitonen würdig zu vertreten.

Selbstverständlich werde ich am 7. Mai mit meiner Stimme ein Bekenntnis zu meinem Gastland ablegen.



Unsere Stimme den Kandidaten der Nationalen Front

Interview mit dem 1. Prorektor, Genossen Prof. Dr. Horst Brendel, Leiter der Zentralen Arbeitsgruppe Wahlen an der TU

„UZ“: Genossen Prorektor, welche Aufgaben hat die von Ihnen geleitete Zentrale Arbeitsgruppe?

Genosse Prof. Brendel: Wahlen sind stets Höhepunkte im politischen Leben auch an unserer Universität. In diesem Jahr erhalten sie natürlich ihr besonderes Gewicht dadurch, daß sie als bedeutsames gesellschaftliches Ereignis auf dem Wege zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR und zum XII. Parteitag der SED uns die Möglichkeit geben, mit der Wahl der in den Arbeits- und Studentenkollektiven sowie in den Wohngebieten geprüften Kandidaten der Nationalen Front unsere Zustimmung zu unserer bewährten Politik der Kontinuität und Erneuerung zum Ausdruck bringen zu können.

Auf der Grundlage des Wahlgesetzes vom 24. Juni 1976, seiner Ergänzung vom 3. März 1989 sowie von unterstützenden Organisationsanweisungen unseres Ministers wurden an der TU wiederum selbständige Wahlbezirke gebildet. Wir haben damit den gesamten Komplex der Aufgaben zur politisch-ideologischen und natürlich auch organisatorisch-technischen Vorbereitung und Durchführung der Wahlen – ähnlich wie die örtlichen Räte – zu erfüllen. Darüber hinaus hat unsere Universität wieder eine Leitfunktion gegenüber allen Hoch- und Fachschulen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt in der Wahlvorbereitung.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, kann man sagen, das Ziel unserer gesamten Bemühungen ist, allen Studierenden das Wahlrecht zu sichern und günstige Bedingungen für dessen Wahrnehmung zu schaffen. Zu diesem Zweck bestehen auch in allen immatrikulierenden Sektionen Arbeitsgruppen, die unter Leitung der stellvertretenden Sektionsdirektoren für Erziehung, Aus- und Weiterbildung stehen.

„UZ“: Sie sprachen das Ergänzungsgesetz zum Wahlgesetz an. Wie ist die Resonanz unter den ausländischen Studierenden?

Genosse Prof. Brendel: Unmittelbar nach Inkrafttreten dieser gesetzlichen Regelung haben wir mit allen ausländischen Bürgern, die sich bei uns zu einer Ausbildung befinden, vertrauensvolle Gespräche geführt. Dabei wurden ihnen nicht nur die neuen Möglichkeiten zur noch breiteren aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens erläutert, sondern auch konkret das Angebot unterbreitet, sich in die Wählerlisten der TU eintragen zu lassen. Ich kann einschätzen, daß ganz allgemein der Ausdehnung des passiven und aktiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen auf ausländische Bürger großes Interesse entgegengebracht wird und man darin einen Ausdruck für das Bestreben der DDR sieht, Bürger anderer Nationalität, die schon länger bei uns leben, noch enger in die demokratischen Prozesse einzubeziehen. Bis jetzt gibt es bereits eine breite Resonanz, das Wahlrecht ausüben zu wollen. In diesem Sinne haben sich bisher 160 ausländische Bürger entschieden. Besonders freut uns, daß wir die Gelegenheit erhalten haben, einen Kandidaten aus den Reihen der ausländischen Studierenden für die Stadtbezirksversammlung Süd aufzustellen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

27. Plenartagung des Wissenschaftlichen Rates

Forschungspreise der TU Karl-Marx-Stadt verliehen

Am 29. März 1989 fand die 27. Plenartagung des Wissenschaftlichen Rates der TU Karl-Marx-Stadt statt.

Der Rektor, Genosse Prof. Dr. sc. techn. Friedmar Erturt, sprach in seinem Referat zu den Ergebnissen der Forschung des Jahres 1988. Er zog eine erfolgreiche Bilanz über die Erfüllung der Forschungsaufgaben des Jahres 1988 und legte dar:

„Durch angestrebte, planmäßige und disziplinierte Arbeit von Wissenschaftlern, Angehörigen des Fachpersonals, Arbeitern und Studenten in der mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung konnte unsere TU im vergangenen Jahr ihrer Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft erneut gerecht werden. Wir haben unseren Forschungsplan in der Gesamtheit erfüllt und über die Planverpflichtungen hinaus weitere wissenschaftliche Leistungen für zentrale Organe und Einrichtungen im Territorium erbracht.“

Insgesamt trugen die von uns in Umsetzung der Beschlüsse der Partei und Regierung erreichten Leistungen zur Stärkung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Universität in der Ausbildung, Weiterbildung und Kaderentwicklung bei. Im Rahmen einer breiten Wissenschaftskooperation waren viele unserer Forschungskollektive an der

tigkeit und Multivalenz in der Überleitung von Forschungsergebnissen mit übergreifender volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Auch im Jahre 1988 gelang es, die Forschung weiter inhaltlich zu profilieren, auf Hochtechnologien zu konzentrieren und bei risikoreichen Schwerpunktaufgaben, wie z. B. beim Beitrag zum 1-Megabit-Speicher, auf der Basis des langfristig geschaffenen Vorlaufes eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden. Die 1988 an Wissenschaftler der TU verliehenen Auszeichnungen mit dem Nationalpreis für Spitzenleistungen zur Hochintegration und zur Elektronenstrahltransduktionsveredlung sind Beispiele für die Schaffung von Vorlauf und seiner Umsetzung in Hochtechnologien bzw. Ergebnisse der Kombinate VEB Carl Zeiss Jena und „Fritz Hecker“ Karl-Marx-Stadt.

Mit berechtigtem Stolz blicken wir auch auf die in mehrjähriger Arbeit entstandenen wissenschaftlichen Ergebnisse im Sinne weitreichenden Vorlaufes auf dem Gebiet der Festkörperphysik, u. a. zu organischen Materialien. Sie sind gerichtet auf die Erkundung von Möglichkeiten einer gezielten Anwendung in der Molekularelektronik und bestätigen am Beispiel die Leistungsfähigkeit und die einer Technischen Universität zukommende Verantwortung der physikalischen Forschung.

Abschließend zog er Schlußfol-



Aufmerksam verfolgen die Teilnehmer der Plenartagung des Wissenschaftlichen Rates die Ausführungen des Rektors unserer TU.

Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes bei volkswirtschaftlichen Schwerpunkten beteiligt.

So konnte in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR und des XII. Parteitages der SED die konzeptionell vorbestimmte Wissenschaftsentwicklung weitergeführt werden. Die Konzeption „Wissenschaftsprofilierung der TU zur beschleunigten Entwicklung ausgewählter Hochtechnologien“ und die Staatliche Planaufgabe 1989 standen dabei als Führungsdokumente in ausnahmslos allen Sektionen im Mittelpunkt.

Besonders hervorgehoben sei der gewachsene Beitrag der Fakultäten für Gesellschaftswissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften zur Förderung der wissenschaftskonzeptionellen Tätigkeit und zur Aktivierung der Beziehungen Wissenschaft – Produktion. Dank dem verantwortungsvollen Einsatz zahlreicher Universitätsangehöriger in der Forschung gelang es, die Wissenschaftskooperation mit Kombinate beiderseitig nutzbringend auszugestalten, die internationale Forschungszusammenarbeit auf Schwerpunkte der direkten Forschungskooperation zu konzentrieren und hochschulpolitische Orientierungen zur Erhöhung der wissenschaftlichen Ausstrahlung der TU wirksam umzusetzen. Das betrifft vor allem solche komplexen Aufgaben, denen sich unsere Universitätsangehörigen zunehmend engagierter stellen, wie Wissenschaftlicher Gerätebau, Export, Tagungen, Publikationen, Expertentil-

gerungen für die weitere Führung der Forschung an unserer Universität und führte u. a. aus:

1. Entsprechend dem Beschluß der Delegiertenkonferenz der TU vom 12. November 1988, auf der Grundlage der 7. Tagung des ZK der SED und ihrer Unterstützung durch den Beschluß der Stadtdelegiertenkonferenz der SED vom 10. Dezember 1988 sowie einer Ergänzung vom 25. Januar 1989 gilt es, mit der Bearbeitung der Planaufgabe 1989 und ihrer Überbietung durch die Verpflichtungen zu Ehren des 40. Jahrestages der DDR und in Vorbereitung des XII. Parteitages der SED höhere Leistungen auf dem Gebiet der Grundlagenforschung sowie bei der weiteren Ausgestaltung der Wissenschaftskooperation zu erreichen.

2. In der konzeptionellen wissenschaftsstrategischen Arbeit geht es um die konsequente Auseinandersetzung mit dem Welt-hochstand, Motivierung zu Spitzenleistungen und Beschreiten neuer, effektiver und qualitativ anspruchsvoller Wege in der Verbindung von Wissenschaft, Produktion und Ausbildung in der Zusammenarbeit mit den Kombinate sowie um die Verstärkung der interdisziplinären Arbeitsweisen durch enge, kameradschaftliche Zusammenarbeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen.

3. Gute Ergebnisse und verallgemeinerungsfähige Erfahrungen in der Einbeziehung der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses in die Forschungsarbeit sind auszubauen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Saad Baradii, Aspirant an der Sektion AT

Ich hörte am Mittag des 4. März 1989 folgende Nachricht vom Sender „Stimme der DDR“: Die Volkskammer der DDR beschloß das Wahlrecht für ausländische Bürger zu den Kommunalwahlen. Ich war darüber sehr überrascht und glaubte erst, mich verfehrt zu haben, denn fast täglich erfuhre ich über die Medien vom Kampf ausländischer Bürger in der BRD um das Wahlrecht.

Als ich bestätigt bekam, daß kein Irrtum vorliegt, erkundigte ich mich mit Hilfe des Politischen Wörterbuchs, von Zeitungen und Gesprächen, was Wahlrecht bedeutet und wie viele Ausländer in der DDR das betrifft.

Meine Meinung zu diesem Volkskammerbeschlusse ist folgende: Ich

freue mich sehr darüber, denn nun können Ausländer, die sich länger in der DDR aufhalten, ihre spezifischen Probleme, die das Leben in diesem Land mit sich bringt, in den kommunalen Gremien besser zur Sprache bringen und lösen helfen. Wir ausländischen Bürger sind nun auch in dieser Frage völlig gleichberechtigt. Bewußt ist mir aber auch, daß uns damit eine große Verantwortung übertragen wird, denn unter den Kandidaten für die Kommunalwahlen werden ja auch ausländische Bürger sein. Der von unserer Universität kandidierende bulgarische Student Wladimir Daskalow besitzt mein volles Vertrauen.

Mit meinen syrischen Landsleuten habe ich auch darüber gespro-

chen. Ich kann berichten, daß auch bei ihnen zuerst Ungläubigkeit vorherrschte und jetzt, da sich alles bestätigt hat, eine eindeutige Zustimmung zu verzeichnen ist. Alle sehen diese Entscheidung als einen Beitrag zur Festigung der Freundschaft zwischen der Syrischen Arabischen Republik und der DDR an. Stolz bin ich darauf, daß ich zu den ausländischen Bürgern gehöre, die historisch als erste ihr Wahlrecht in der DDR wahrnehmen werden.

Aus diesen Gründen habe ich mich in die Wählerlisten eintragen lassen und werde am 7. Mai gemeinsam mit meinen Landsleuten meine Stimme für die Kandidaten zu den Kommunalwahlen abgeben.

Le Trung Quoc, Aspirant an der Sektion IT

Ich lernte 1974 am Herder-Institut die deutsche Sprache und studierte danach bis 1979 an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt in der Sektion IT. 1980 erhielt ich die Möglichkeit, ein einjähriges Zusatzstudium zu absolvieren.

Nach der Rückkehr in meine Heimat arbeitete ich von 1980 bis 1987 im Institut für Post- und Fernmeldewesen. Ich bewarb mich um eine Aspirantur in der DDR, die ich 1987 beginnen konnte. Mein Betreuer ist Doz. Dr. Bernd Steinbach.

Neben dem Wunsch, mich wissenschaftlich weiterzualtisieren, spielen die guten Studien- und Arbeitsbedingungen, die ich aus der Zeit meines Studiums kannte, eine entscheidende Rolle, als ich mich für eine Aspirantur in der DDR bewarb.

In den anderthalb Jahren, die ich nun wieder an meiner Sektion arbeite, wurden durch den Sektionsdirektor, Prof. Dr. Witzschel, durch den WB-Leiter, Prof. Dr. Buchmann, und meinen Betreuer beste Arbeitsbedingungen für mich als ausländischen Aspiranten geschaffen. Dank dieser Unterstützung konnte ich mit der Arbeit an der Dissertation in kurzer Zeit so weit vorankommen, daß ich sie vorzeitig einreichen kann. Eine gemeinsame Veröffentlichung meines Betreuers mit mir ist ebenfalls Ausdruck erfolgreicher wissenschaftlicher Arbeit. Ich bin sehr glücklich über diese Entwicklung und möchte in diesem Zusammenhang auch Herrn Dr. Rosel von der Sektion M-L ebenfalls sehr danken. Mit ihm verbindet mich eine Zusammenarbeit, die bis in meine Studenzeit zurückreicht. Er hat mir sehr ge-

holfen, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und zu verstehen.

Auf Grund meiner engen Verbundenheit mit der TU Karl-Marx-Stadt und der DDR, wo ich so große Unterstützung fand, ist es mir ein Bedürfnis, durch Teilnahme an der Wahl am 7. Mai ein Bekenntnis zu meinem Gastland abzugeben. Das ist für mich Ehrensache.

Mit der Teilnahme an der Wahl verbinde ich aber auch den Wunsch, vor allem im kommunalen Bereich, Einfluß nehmen zu können, um noch aktiver als bisher die spezifischen Belange der ausländischen Studenten und Aspiranten wahrnehmen zu können. Unser Kandidat, Wladimir Daskalow, wird nach der Wahl eine Menge zu tun bekommen.

Foren mit dem Schriftsteller und Volkskammerabgeordneten Gerhard Holtz-Baumert

Am 21. März 1989 wollte auf Einladung der FDJ-Grundorganisation Mathematik und dank der Unterstützung durch die Leitung der Hochschulgruppe des Kulturbundes der DDR der Schriftsteller Gerhard Holtz-Baumert zu Gast an unserer Universität. Er ist Mitglied des ZK der SED, des Präsidialrates des Kulturbundes, Vizepräsident des Schriftstellerverbandes und Abgeordneter des Kulturbundes in der Volkskammer seit mehreren Legislaturperioden.

Gerhard Holtz-Baumert stellte sich den Fragen der Studenten u. a. im FDJ-Studentenklub der Sektion Mathematik „Pablo Neruda“ B 612. Zunächst gab er Auskünfte zu seiner gesellschaftlichen und beruflichen Tätigkeit. Für Gerhard Holtz-Baumert ist es persönlicher An-

spruch, ehrenamtliche gesellschaftliche Funktionen zu bekleiden und damit Probleme lösen zu helfen. Aus diesem gesellschaftlichen Wirkungsfeld bezieht er seine politischen Ideen. Ohne diese praktischen Erfahrungen wäre ihm Schreiben nicht möglich. Im Anschluß beantwortete er die vielfältigen, interessanten Fragen der Studenten. Die Spannweite reichte von Fragen aus Politik und Wirtschaft bis zum schriftstellerischen Schaffen und der Kulturpolitik in unserem Land. Einige der sachkundigen Fragen führten zu längerer Diskussion. Gerhard Holtz-Baumert erklärte, z. B., wie gründlich und verantwortungsbewußt die Ausschüsse in der Volkskammer Gesetzentwürfe beraten, ehe Gesetze beschlossen und verabschiedet werden. Auf diese Weise verdeutlichte er den

Teilnehmern der Gespräche die Funktionsweise von sozialistischer Demokratie und die Verwirklichung der Menschenrechte durch sie.

Des weiteren gab er Auskünfte zu Zielen und Inhalt der Arbeit im Schriftstellerverband und zum aktuellen literarischen Leben in der DDR. Gerhard Holtz-Baumert beantwortete die Fragen souverän und mit dem ihm eigenen Humor, so daß die Zeit für alle Beteiligten wie im Flug verging. Zum Schluß bedankte er sich für die zahlreichen interessanter Fragen, die ein breites, auch gesellschaftliches und literarisches Interessenspektrum bei den Studenten unserer TU bezeugen, und äußerte den Wunsch, sich demnächst wieder einer Diskussionsrunde an unserer Einrichtung zu stellen.